

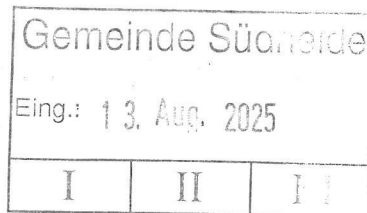


**Amt für regionale Landesentwicklung  
Lüneburg**

Geschäftsstelle Verden

ArL Lüneburg, Adolph-Kolping-Str. 12, 21337 Lüneburg

An die  
Gemeinde Südheide  
Am Markt 3  
29320 Hermannsburg



Registrier-Nr.: 276033510260033  
Festlegungs-Nr.: 30730/10  
Bearbeitet von: Harms, Ines

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen (Bei Antwort angeben)  
Dez. 3.2/Ha, DE Südheide-Wietzendorf,  
Gem. Südheide, Dorftreffpunkt in  
Weesen (30730/10)

Durchwahl  
Telefax:  
E-Mail

+49 4131 6972-334 Verden,  
04231 808-192 01.08.2025  
Ines.Harms@arl-ig.niedersachsen.de

## Bewilligungsbescheid

**Zuwendungen zur Förderung eines Vorhabens in der Teilintervention Dorfentwicklung nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung (RL ZILE 2023)**

	Förderantrag vom	26.09.2024
	eingegangen am:	30.09.2024
<b>Bezug:</b>		
	Kurzbezeichnung des Vorhabens:	<b>Schaffung bzw. Erweiterung des Treffpunktes für die Dorfgemeinschaft Weesen inklusive Nebenkosten</b>
<b>Anlagen:</b>	1. ANBest-Gk	
	2. Auszahlungsantrag mit Verwendungsnachweis (online abrufbar)	
	3. Anlage zum Verwendungsnachweis „Liste der Einnahmen und Ausgaben“ (Belegliste, online abrufbar)	
	4. Merkblatt zu den Informations- und Sichtbarkeitsvorschriften	
	5. Erläuterungstafel (wird nachgereicht)	

Sehr geehrte Damen und Herren,

### 1 Bewilligung

auf Ihren oben genannten Förderantrag bewillige ich Ihnen

für den Bewilligungszeitraum vom 01.08.2025 bis 30.09.2026

vorbehaltlich der endgültigen Festsetzung der Zuwendungshöhe eine Zuwendung in Höhe von 55,00 % der unter Ziffer 3.4.1 ermittelten Bemessungsgrundlage der Zuwendung, höchstens jedoch

Dienststelle  
Geschäftsstelle Verden  
Eitzer Str. 34  
27283 Verden

Öffnungszeiten  
Mo. - Fr. 9:00 - 12:00 Uhr  
und nach Vereinbarung

Telefon  
04231 808-150  
Telefax  
04231 808-192

E-Mail  
poststelle@arl-ig.niedersachsen.de  
Internet  
www.arl-ig.niedersachsen.de

Bankverbindung  
Nord/LB  
BIC NOLADE2HXXX  
IBAN DE16 2505 0000 0106 0370 05

169.207,26 €

(in Worten: EinhundertneunundsechzigTausendZweihundertsieben Komma Zwei Sechs EUR).

Die Bewilligung erfolgt auf Grundlage

- der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung (RL ZILE 2023) vom 24.01.2024
- der VV zu § 44 der Niedersächsischen Landeshaushaltsordnung (LHO)

Das Vorverfahren wird angeordnet.

## 2 Zuwendungszweck

Die Zuwendung ist zweckgebunden und wird ausschließlich auf Grundlage Ihres eingereichten Finanzierungsplans zur Durchführung des folgenden Vorhabens gewährt:

**Schaffung bzw. Erweiterung des Treffpunktes für die Dorfgemeinschaft Weesen inklusive Nebenkosten einschließlich der gestalterischen Anpassung an das Ortsbild, Weesener Str. 16 in 29320 Südheide OT Weesen**

## 3 Finanzierung

### 3.1 Finanzierungsart, Zuwendungsart und -form

Die Zuwendung wird als nicht rückzahlbarer Zuschuss im Rahmen einer Projektförderung in Form einer Anteilfinanzierung gewährt.

### 3.2 Mittelgeber

Die Zuwendung wird gewährt aus Landes- und Bundesmitteln im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK).

### 3.3 Umsatzsteuer

Die Umsatzsteuer ist förderfähig und in den förderfähigen Ausgaben enthalten.

### 3.4 Finanzierungsplan (Ausgaben und Einnahmen)

#### 3.4.1 Ausgaben

Auf Grundlage der von Ihnen eingereichten Ausgabenpläne und der übrigen Antragsunterlagen wurden die zu bewilligenden Mittel bestimmt.

Eine Saldierung der Ausgabenansätze ist zulässig.

Förderfähige Gesamtausgaben	→	307.649,57 €
Bemessungsgrundlage der Zuwendung	→	307.649,57 €

Die Bemessungsgrundlage der Zuwendung errechnet sich aus den förderfähigen Gesamtausgaben abzüglich ggf. derjenigen im Finanzierungsplan enthaltenen Leistungen Dritter, die nicht zur Kofinanzierung herangezogen werden.

Die förderfähigen Gesamtausgaben wurden wie folgt ermittelt:

Aus den Kostengruppen wurden jeweils die Positionen "Sonstiges" aus den förderfähigen Kosten gestrichen. Somit ergeben sich folgende Kosten:

Kostengruppe 200:	141.300,00 €
Kostengruppe 300:	1.142.000,37 €
Kostengruppe 400:	419.100,00 €
Kostengruppe 500:	218.500,00 €
Kostengruppe 600:	40.000,00 €
Kostengruppe 700:	338.000,00 €
Gesamt:	2.298.900,37 €

Abzüglich der Photovoltaikanlage in Höhe von 50.000,00 € ergeben sich somit 2.248.900,37 € Kosten.

Davon entfällt ein Flächenanteil in Höhe von 13,68% auf die Flächen im Erweiterungsbau, die der Dorfgemeinschaft voll zuzurechnen sind sowie die Flächen, die hälftig von der Feuerwehr und der Dorfgemeinschaft im Erweiterungsbau genutzt werden. Die Baumaßnahmen im Bestandsgebäude sind nicht Bestandteil dieser Förderung. Somit ergeben sich förderfähige Bruttokosten in Höhe von **307.649,57 €**. Unter Berücksichtigung des Fördersatzes in Höhe von 55,00 % beträgt die voraussichtliche Förderung somit höchstens **169.207,26 €**.

Einzelansätze werden nicht festgesetzt.

### 3.4.2 Einnahmen

Folgender Einnahmenplan (Finanzierung) ist verbindlich:

	EUR
Barer Eigenanteil des / der Begünstigten	138.442,31
Unbare Sachleistungen	--
Anderweitige öffentliche Förderung	--
Leistungen Dritter	--
Beantragte nicht rückzahlbare Zuwendung	169.207,26
<b>Summe:</b>	<b>307.649,57</b>

Soweit nicht im Antrag anderslautend angegeben, wurde bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage für die Zuwendung entsprechend des in den Antragsunterlagen dargestellten Umfangs von einer Vergabe an einen Unternehmer ausgegangen. Sollten davon abweichend Arbeiten in Eigenleistung ausgeführt werden, behalte ich mir vor, den Zuwendungsbescheid zu widerrufen, die Bemessungsgrundlage der Zuwendung neu zu ermitteln und den Zuwendungsbetrag anteilig zu kürzen.

Die Zuwendung wird Ihnen unter dem Vorbehalt der abschließenden Prüfung der mit dem Auszahlungsantrag einzureichenden Unterlagen und Belege gewährt.

Die Zuwendung ist wirtschaftlich und sparsam zu verwenden. Es sind nur die Ausgaben förderfähig, die unmittelbar zur Erreichung des Zuwendungszwecks notwendig sind.

## 4 Bewilligungszeitraum

Im oben genannten Bewilligungszeitraum muss der Zuwendungszweck erreicht, das Vorhaben tatsächlich fertiggestellt und bezahlt worden sein.



Ausgaben sind erst ab Beginn und nur innerhalb des Bewilligungszeitraumes förderfähig.

Ausgenommen sind Ausgaben für Architekten- und Ingenieurleistungen der Leistungsphasen 1-6, Beratungsgebühren oder Gebühren im Zusammenhang mit Beratung zu ökologischer Nachhaltigkeit und wirtschaftlicher Tragfähigkeit sowie Durchführbarkeitsstudien. Es wird darauf hingewiesen, dass bei Baumaßnahmen die Ausgaben für Planung, Bodenuntersuchung, Sicherungsmaßnahmen zur Gefahrenabwehr und Grunderwerb bereits vor Beginn des Bewilligungszeitraumes förderfähig sind.

## 5 Auszahlung

### Termine

Die Auszahlung der gesamten Zuwendung ist im Jahr 2026 vorgesehen. Der vollständige Auszahlungsantrag mit Verwendungsnachweis ist **bis zum 30.09.2026** einzureichen.

Das Vorhaben ist zeitlich so durchzuführen, dass ein vollständiger Auszahlungsantrag mit Verwendungsnachweis bis zum vorgenannten Termin rechtzeitig gestellt werden kann.

Eine Fristverlängerung kann nicht in Aussicht gestellt werden.

Dem Auszahlungsantrag sind beizufügen:

- Verwendungsnachweis
- Liste der Einnahmen und Ausgaben (Belegliste) - vorzugsweise in digitaler Form
- Rechnungen in Kopie (sofern als Papierantrag eingereicht) und qualifizierte Zahlungsnachweise (siehe Ziffer 4 der Allgemeinen Nebenbestimmungen)

Besonderheiten:

- Elektronisch ausgestellte Rechnungen sind als Ausdruck einzureichen
- Eingescannte Rechnungen dürfen nicht vernichtet werden

Den Auszahlungsantrag mit Anlage (Liste der Einnahmen und Ausgaben) können Sie auf der Homepage des ML herunterladen: [www.klara.niedersachsen.de](http://www.klara.niedersachsen.de)

Sofern Sie Ihren Förderantrag über das Online-Antragsmanagement OAMan ÄrL eingereicht haben, müssen Sie dort auch den Auszahlungsantrag stellen: <https://oaman.niedersachsen.de/>

## 6 Vorverfahren

Das Vorverfahren ist in Ausübung pflichtgemäßen Ermessens angeordnet worden.

Das Vorverfahren kann gemäß § 80 Absatz 3 Nr. 2 NJG für Verwaltungsakte, die auf der Grundlage von Rechtsvorschriften des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) erlassen wurden, von der Behörde angeordnet werden. Mit der Einführung des Optionsmodells im Sinne des § 80 Absatz 3 NJG soll der /dem Betroffenen ein einfacher und kostengünstiger Rechtsschutz gewährt werden. Die Fördermaßnahmen im Bereich des ELER sind grundsätzlich geeignet zur Durchführung eines Vorverfahrens. Denn im Rahmen eines Vorverfahrens kann vor Erhebung einer Klage zeitnah mit der/dem Betroffenen eine Klärung der Sach- und Rechtslage herbeigeführt werden und so ein langjähriger Rechtsstreit verhindert werden. Öffentliche Belange, die einer Anordnung entgegenstehen, sind nicht ersichtlich.

## 7 Nebenbestimmungen

### 7.1 Allgemeine Nebenbestimmungen

#### 1. Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen

Die beigefügten "Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften" (ANBest-Gk) werden zum Bestandteil dieses Bescheides erklärt.



## 2. Abweichungen von den Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen

Es gelten folgende Abweichungen von den ANBest-Gk:

- Die Nrn. 1.2, 1.3 und 1.4 ANBest-Gk finden keine Anwendung. Die Auszahlung erfolgt erst nach Fertigstellung des Vorhabens auf Grund geleisteter Ausgaben, Begleichung der Rechnungen und Vorlage des Zahlungsnachweises (Erstattungsverfahren).
- Nr. 4.4 ANBest-Gk findet keine Anwendung (vgl. Nr. 1.2).
- In Nr. 5.4 ANBest-Gk findet die Frist für die Vorlage des Verwendungsnachweises keine Anwendung. Die Anforderung der Zuwendung ist mit der Vorlage des Verwendungsnachweises zu verbinden.
- Abweichend von Nr. 6.2 der ANBest-Gk zu VV-GK Nr. 5.1 zu § 44 LHO wird auf eine vorherige Prüfung des Verwendungsnachweises durch die eigene Prüfungseinrichtung des Zuwendungsempfängers verzichtet.

## 3. Auflagenvorbehalt/Änderungsvorbehalt

Dieser Bescheid ergeht unter dem Vorbehalt der nachträglichen Aufnahme, Änderung oder Ergänzung einer Auflage gemäß § 36 Absatz 2 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) i. V. m. § 1 Absatz 1 Niedersächsisches Verwaltungsverfahrensgesetz (NVwVfG)).

## 4. Qualifizierte Zahlungsnachweise

Die Zuwendung wird unter der Auflage gewährt, dass mit dem Auszahlungsantrag die entsprechenden qualifizierten Zahlungsnachweise in Kopie vorgelegt werden.

Qualifizierte Zahlungsnachweise sind:

### A) bei Überweisungen/Abbuchungen/Sammelanweisungen:

vorzugsweise Kontoauszüge in der Form:

A.1. Kopien oder als Ausdrucke elektronisch erstellter Kontoauszüge (z. B. in Form einer PDF-Datei), die das Buchungs- bzw. Wertstellungsdatum erkennen lassen müssen

A.2. Bestätigungen der Bank oder der Landeshauptkasse (LHK) über die erfolgten Buchungen unter Angabe des Buchungs-/Wertstellungsdatums

(Bestätigungen der LHK sind Bestätigungen der Bank gleichgestellt, wenn Landesbehörden Zahlungen über die LHK abwickeln)

A.3. Auszüge aus einem Titelnachweis, sofern daraus die IST-Buchung ersichtlich ist, oder ein vergleichbarer Nachweis, wenn es sich um öffentliche oder private Begünstigte handelt, die über öffentliche Stellen Zahlungen tätigen.

A.4. Bei Sammelanweisungen ist wichtig, dass aus einer Einzelaufstellung ersichtlich ist, dass der in die Abrechnung eingestellte Betrag im Rahmen der Sammelanweisung mit überwiesen wurde. Die nachfolgenden zwei Belegarten erfüllen in der kumulativen Gesamtbetrachtung den Prüfpfad als "vergleichbarer Nachweis" - sofern im Einzelfall vom Inhalt und/oder der Bezeichnung her andere Belege verwendet werden, ist zu prüfen, ob der Prüfpfad mit diesen abweichenden Belegen vergleichbar gegeben ist:

A.4.1 "Ausgabe Buchungsbeleg" als Nachweis der einzelnen Auszahlungsanordnung mit Kreditorennummer und

A.4.2 "Kontoauszug Kreditoren" aus dem die Rechnungs- und Zahlungsdaten ersichtlich sind und

A.5 bei Personalausgaben per Sammelüberweisung gilt vorstehende Regelung entsprechend, wobei lediglich die Zahlung des Arbeitnehmeranteils (Netto-Gehaltszahlung an die geförderte Person) nachgewiesen werden muss; alternativ kann als Zahlungsnachweis auch ein Kontoauszug der Gehalt empfangenden Person dienen

A.6 im Bereich der Kameralistik bei Auszahlungen von Landesbehörden über das HVS die Vorgangskontenübersicht, die im Abschnitt "Kassen ist und Sollausgleich" den Buchungstag enthält, der dem Tag des Zahlungsabflusses entspricht. Sofern die Erzeugung der Vorgangskontenübersicht erst nach ca. einer Woche erfolgt und daraus kein Zahlungsrückfluss o. Ä. ersichtlich ist, kann mit hinreichender Sicherheit von einer erfolgreichen Buchung ausgegangen werden.

**B) bei unbarer Abwicklung mittels Online-Bezahlverfahren** (AmazonPayment, PayPal, giropay, paydirect, Sofort-Überweisung o. Ä.) zusätzlich zu der Zahlungsbestätigung entweder der übliche Kontoauszug oder ein Nachweis, wer Eigentümer/in des Onlinekontos ist

### **C) bei Barzahlungen**

Bis zu einem Gesamtkaufpreis von 250 Euro (für sogenannte *"Rechnungen über Kleinbeträge"* nach den Bestimmungen des § 33 Umsatzsteuereinführungsvorschriften (UStDV) einfache Bestätigungen des Zahlungsempfangs, darüber hinaus quitierte Rechnungen mit Angabe der Adresse oder ein Barkassenbeleg/Barbeleg.

Unqualifizierte Zahlungsnachweise sind u. a.:

1. Überweisungsträger (auch gestempelt, Selbstanfertigung ohne Überweisung möglich)
2. Ausdrucke des Überweisungsauftrags ohne Buchungs- bzw. Wertstellungsdatum, z. B. aus dem Online-Banking
3. einfache Bildschirmausdrucke (Screenshots)
4. händisch zusammenkopierte Kontoauszüge

Originalkontoauszüge werden nicht verlangt. Unverlangt eingesendete Originale werden nicht zurückgegeben.

### **5. Auftragsvergabe öffentliche Auftraggeber**

Verpflichtungen für Begünstigte, aufgrund haushaltsrechtlicher oder vergaberechtlicher Vorschriften vergaberechtliche Bestimmungen einzuhalten, bleiben unberührt.

Diese Begünstigte haben unterhalb des Schwellenwertes das jeweilige Landesvergaberecht anzuwenden.

Als Nachweis zur Einhaltung der Vergabevorschriften sind spätestens mit dem Auszahlungsantrag/Verwendungsnachweis folgende Unterlagen vorzulegen:

- Vergabevermerk oder E-Vergabevermerk (fortlaufende Dokumentation des Vergabeverfahrens)
- Veröffentlichung/Bekanntmachung
- der an die Unternehmen versandte Ausschreibungstext mit Leistungsbeschreibung (einschließlich Leistungsverzeichnis)
- Nachweis über den Versand der Vergabeunterlagen an die Bieter (Anschriften)
- Protokoll über die Angebotseröffnung (ehemals: Submissionsprotokoll)
- Preisspiegel (Gegenüberstellung der Angebotspreise nach Leistungsbeschreibung)
- Nachweis der Zuschlagserteilung
- Vollständiges Angebot des erfolgreichen Bieters
- die Seiten aus den Angeboten der übrigen Bieter, aus denen ersichtlich wird, auf welche Ausschreibung mit welcher Angebotssumme geboten wurde
- Absageschreiben an alle unterlegenen Bieter
- Nachweis von Eignungskriterien
- ggf. Ex-post-Transparenz (Veröffentlichung der Auftragsvergabe)
- ggf. Auszug aus dem Wettbewerbsregister (Auftragswert ab 30.000 €)
- ggf. alle Angebotsanfragen
- ggf. Verzeichnis der Bauleistungen, die durch Nachunternehmer erbracht werden sollen
- ggf. Nachtragsangebote, Stellungnahme zu Nachträgen, Nachtragsvereinbarungen
- ggf. Prüfvermerk Rechnungsprüfungsamt oder einer gleichgelagerten Einrichtung
- ggf. Entscheidung des zuständigen Gremiums
- ggf. Verpflichtungserklärungen (z. B. Mindestentgelte, Tariftreueerklärung) nach NTVergG oder jeweiligem Landesvergaberecht z.B. NKernVO

Sofern Sie Auftraggeber aus einem anderen Bundesland als NI, HB oder HH sind, der das öff. Vergaberecht im Unterschwellenbereich einzuhalten hat, und einen Förderantrag in Niedersachsen stellen, haben Sie das Vergaberecht Ihres Landes umzusetzen.

Im Falle einer E-Vergabe und Vorlage eines E-Vergabevermerks brauchen folgende zuvor aufgeführte Unterlagen nicht vorgelegt werden:



- Veröffentlichung/Bekanntmachung
- Nachweis über den Versand der Vergabeunterlagen an die Bieter (Anschriften)
- Protokoll über die Angebotseröffnung
- Absageschreiben an alle unterlegenen Bieter

Bei freiberuflichen Leistungen, z. B. Architekten- oder Ingenieurleistungen, unterhalb des Schwellenwertes nach § 106 Abs. 2 Nr. 1 GWB sind mindestens drei fachkundige und leistungsfähige Unternehmen zur Angebotsabgabe aufzufordern, um dem Wettbewerbsgrundsatz gemäß § 50 UVgO zu genügen. Der Auftrag ist an das Unternehmen mit dem wirtschaftlichsten Angebot zu erteilen. Die einzelnen Entscheidungen sind nachvollziehbar zu begründen und zu dokumentieren. Auf die Einholung von Vergleichsangeboten kann insbesondere verzichtet werden, wenn der geschätzte Auftragswert 5.000 Euro, bei Architekten- und Ingenieurleistungen 10.000 Euro, ohne Umsatzsteuer nicht übersteigt oder die Leistung nach Art und Umfang vor der Vergabe nicht so eindeutig und erschöpfend beschrieben werden kann, dass hinreichend vergleichbare Angebote erwartet werden können. In diesen Fällen können wegen der Natur des Geschäfts oder den besonderen Umständen im Sinne des § 50 Satz 2 UVgO weniger als drei oder nur ein Unternehmen zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert werden, wobei der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten ist.

Spätestens mit Einreichung des Auszahlungsantrages/Verwendungsnachweises sind folgende Unterlagen vorzulegen:

- sämtliche Angebotsanfragen
- vollständige Angebotsunterlagen des Unternehmens, das den Auftrag erhalten hat inkl. Auftragserteilung/Auftragsbestätigung
- Angebote der übrigen Anbieter (die Seiten, aus denen ersichtlich wird, auf welche Angebotsaufforderung mit welcher Angebotssumme geboten wurde)
- ggf. Stellungnahme zu vorgenommenen Änderungen im Zusammenhang mit den vorgelegten Angeboten (Anpassungen/Verhandlungen von Angeboten auch nach Auftragserteilung/Auftragsbestätigung)
- Begründung, wenn weniger als drei Unternehmen zur Angebotsabgabe aufgefordert wurden
- Begründung, wenn trotz entsprechender Aufforderungen weniger als drei Angebote vorgelegt werden können.

## 6. Zweckbindungen

Die geförderten Grundstücke / Bauten / baulichen Anlagen dürfen innerhalb eines Zeitraums von 12 Jahren nach Abschluss des Vorhabens nicht veräußert, verpachtet, stillgelegt oder dem im Zuwendungsbescheid festgelegten Zweck zuwiderlaufend verwendet werden (Nr. 3 ANBest-Gk). Die Frist beginnt mit Abschluss des Vorhabens und endet mit Ablauf des zwölften auf die Schlusszahlung des Zuwendungsgebers folgenden Kalenderjahres. Nach Ablauf der vorstehend genannten Zweckbindungsfrist können Sie grundsätzlich über die geförderten Grundstücke, Bauten und baulichen Anlagen frei verfügen.

## 7. Informations- und Sichtbarkeitsvorschriften

Nach dem vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft herausgegebenen Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)" besteht für Begünstigte, die eine Zuwendung aus dieser GAK erhalten, die Verpflichtung zur Information und Publizität. Ziel ist es, während der Durchführung und nach Abschluss eines Vorhabens die Öffentlichkeit über die finanzielle Unterstützung des Bundes und des Landes Niedersachsen zu unterrichten.

Das beigelegte "Merkblatt zu den Informations- und Sichtbarkeitsvorschriften" wird hinsichtlich seiner Regelungen in der Ziffer 5 zum Bestandteil dieses Bescheids erklärt.

Die Bewilligung ergeht unter der Auflage, dass während der Durchführung des Vorhabens und daran anschließend während der Dauer der Zweckbindungsfrist die Öffentlichkeit durch das Anbringen einer Erläuterungstafel vor Ort auf die finanzielle Unterstützung des Bundes im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) hingewiesen wird. Die Erläuterungstafel wird von der Bewilligungsbehörde unaufgefordert nachgereicht.



Die Bewilligung ergeht unter der Auflage, dass auf Ihren das Investitionsvorhaben erwähnenden Internetpräsenzen und Sozialen Medien sowie auf Informationsmaterialien, die zum Projekt erstellt werden, neben einer kurzen Beschreibung des Vorhabens auf die erfolgte Förderung des Bundes durch die Anbringung des BMEL-Logos und das Wappen des jeweiligen Bundeslandes hingewiesen wird.

## **8. Behördliche Genehmigungen**

Sind für die Förderfähigkeit des beantragten Vorhabens behördlichen Genehmigungen erforderlich, so sind diese spätestens im Rahmen des Auszahlungsantrags vorzulegen, mit dem von diesen Genehmigungen betroffene Ausgaben abgerechnet werden sollen.

## **7.2 Besondere Nebenbestimmungen**

### **1. Dacheindeckung**

Die Dacheindeckung ist mit naturroten Tonpfannen, nicht engobiert, auszuführen. Dabei müssen mindestens 13 Pfannen auf den Quadratmeter verlegt werden. Vorgeschrieben ist die Verwendung von Hohlpfannen oder von Hohlfalzziegeln, die sich in ihrer Erscheinung dem Hohlziegel weitgehend annähern.

### **2. Entsorgung Dacheindeckung**

Die alte Dacheindeckung ist vorschriftsmäßig zu entsorgen (asbesthaltige gem. TRGS 519). Die Entsorgung ist dem Amt für regionale Landesentwicklung Lüneburg im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung durch geeignete Unterlagen zu belegen.

### **3. Dachflächenfenster**

Der Einbau und die Anordnung von neuen und/oder zusätzlichen Dachflächenfenstern ist mit der/dem Umsetzungsbeauftragten und dem ArL Lüneburg vor Auftragsvergabe abzustimmen. Die Anzahl und die Anordnung der Fenster in der Dachfläche soll zurückhaltend und im gleichen Abstand zueinander erfolgen.

### **4. Photovoltaikanlage**

Die zeitgleiche oder spätere Installation einer Photovoltaikanlage auf der Dachfläche eines geförderten Objektes ist in den nachfolgenden Fällen förderunschädlich. Eine Förderung der PV-Anlage ist ausgeschlossen. Die genannten Regelungen gelten sinngemäß für Anlagen der Solarthermie.

a) Bei Wohngebäuden, deren Dachflächen in der Regel Dachaufbauten, Dachauslässe wie z.B. Schornsteine, Fensteröffnungen o.ä. aufweisen ist die Installation einer PV-Anlage dann förderunschädlich, wenn sie in einem eindeutig rechteckigen Format aufgebracht wird. Liegt eine durchgehende, nicht unterbrochene Dachfläche vor, ist auch eine vollflächige Installation unter Berücksichtigung des folgenden Satzes zulässig. Je nach Lage auf der Dachfläche müssen am First, an der Traufe und an den Ortgängen mindestens zwei Reihen der Dacheindeckung sichtbar bleiben.

b) Bei Wirtschaftsgebäuden und anderen nicht zu Wohnzwecken genutzten Gebäuden mit Satteldächern, deren Dachflächen in der Regel keine Dachaufbauten, Dachauslässe wie z.B. Schornsteine, Fensteröffnungen o.ä. aufweisen, ist die Installation einer PV-Anlage, ggf. auch vollflächig, förderunschädlich. Von der unter der PV-Anlage gelegenen Dacheindeckung müssen am First, an der Traufe und an den Ortgängen mindestens zwei Reihen der Dacheindeckung sichtbar bleiben. Es ist in jedem Fall geschlossenes Rechteckformat zu wählen, insbesondere wenn die Dachfläche entgegen der obigen Annahme über Dachaufbauten, Dachauslässe wie z.B. Schornsteine, Fensteröffnungen o.ä. verfügt.

c) Bei Wirtschaftsgebäuden und anderen nicht zu Wohnzwecken genutzten Gebäuden mit Pultdach mit einer Neigung kleiner 15 Grad oder Flächendächern ist die auch vollflächige Installation einer PV-Anlage förderunschädlich, wenn diese liegend aufgebracht und auf eine Aufrichtung der Paneele verzichtet wird, so dass damit eine Wahrnehmung von außen unterbleibt.

Die Anordnung der Photovoltaikanlage ist mit dem ArL abzustimmen.

**5. Dachentwässerung**

Dachrinnen dürfen ausschließlich aus Zink oder Kupfer erstellt werden. Jedoch sind nur die Kosten für Zinkrinnen förderfähig.

**6. Schornsteinköpfe**

Schornsteinköpfe sind neu aufzumauern bzw. steinsichtig zu erhalten. Stülpköpfe sowie eine Verschieferung des Schornsteines sind nicht gestattet.

**7. Giebel**

Das Giebelgesims ist mit Zahnleiste oder mit Stirnbrett und Deckelbrett (Windfeder) aus Holzarten wie z. B. Eiche oder Lärche herzustellen.

Als Giebelabschluss nicht gestattet sind:

Ortgangziegel

Blechwinkel als Ortgangformteile

Faserzementwinkel

Plastikwinkel

**8. Fenster: Farbe, Material und Anordnung**

Die Fenster sind mit glasteilenden Sprossen bzw. Wiener Sprossen zu untergliedern. Ab einer Scheibenbreite von 1,00 m ist zwingend eine senkrechte Unterteilung anzubringen.

Die Tür-/Fenstererneuerung ist bzgl. des Materials mit Holzarten wie z.B. Kiefer, Lärche oder Eiche durchzuführen. Tropenholz und Kunststoff sind nicht förderfähig. Außenfensterbänke sind nur in Holz oder Zink zulässig.

Die Fenster müssen weiß oder naturbelassen (Holzfarben) sein.

Die Gestaltung der Fenster insgesamt ist mit dem ArL abzustimmen.

**9. Keine Tropenhölzer**

Für Gewerke aus Holz im Innen- und Außenbereich dürfen keine Tropenhölzer verwendet werden.

**10. Gauben**

Die Gauben müssen in ihrer Größe einheitlich sein.

In der Südansicht ist die linke Gaube (4 Fenster) größer als die rechte (3 Fenster) dargestellt.

Bei der linken Gaube muss der Abstand zwischen Fenster und Traufe denselben Abstand aufweisen wie bei der rechten Gaube.

**11. Fassade**

Die Fassadengestaltung ist in der Entwurfszeichnung nicht im Detail zu erkennen. Bei der Westansicht sieht der linke Teil und bei der Ostansicht der rechte Teil dunkler aus. Hier muss vor Ausführung die Ausgestaltung der Fassade dem ArL näher erläutert und vom ArL genehmigt werden.

**12. Außentreppe**

Die Treppe am Gebäude muss so schmal bzw. zierlich wie möglich errichtet werden. Als Farbe sollte Anthrazit gewählt werden.

Die Ausgestaltung der Treppe muss vorab vom ArL genehmigt werden.

**13. Außentüren: Gestaltung und Farbe**

Die Außentüren sind im Hinblick auf die Belichtungsöffnung und die Farbwahl einheitlich zu gestalten. Mindestens im unteren Drittel muss eine Füllung in der Tür enthalten sein.

Die Tür darf nicht weiß sein. Sie ist braun oder grün zu streichen oder muss naturbelassen (Holzfarbe) bleiben. Die RAL-Farbe ist vorab mit dem ArL abzustimmen.

Für die Haustür sind dem ArL vorab Skizzen hinsichtlich der Ausführung vorzulegen und genehmigen zu lassen.

**14. Sektionaltore**

Die Gestaltung der Sektionaltore ist mit dem ArL abzustimmen.

**15. Stundenlohnarbeiten**

Die Förderung der Stundenlohnarbeiten erfolgt unter dem Vorbehalt des Nachweises und der Prüfung der Angemessenheit des Umfangs der ausgeführten Arbeiten. Mit dem Verwendungsnachweis sind zu den jeweiligen Rechnungspositionen vollständige und eindeutige Nachweise über die Art der ausgeführten Arbeiten, Ausführungszeiten, Zeitdauer und abgerechnete Stundensätze vorzulegen.

**16. Aufmaßblätter und Massenberechnungen**

Mit dem Verwendungsnachweis sind prüffähige Aufmaßblätter und Massenberechnungen vorzulegen.

**17. Nebenkosten und Gutachten**

Die weiteren Nebenkosten sind mit dem Verwendungsnachweis zu belegen. Erstellte Gutachten, z.B. Brandschutzgutachten, sind in Kopie vorzulegen.

**18. Baugenehmigung**

Die Förderung erfolgt vorbehaltlich der Erteilung der Baugenehmigung für das Vorhaben. Eine Ausfertigung der Genehmigung ist mir in Kopie vorzulegen.

**19. Planungskosten/ Architekt**

Es ist hier der beidseitig unterschriebene Planervertrag in Kopie vorzulegen.

Bei Ingenieurleistungen gelten die Leistungsphasen 1 - 6 als Vorplanung. Die Leistungsphasen 7 und 8 können nur gefördert werden, wenn sie nach Erteilung des Zuwendungsbescheides beauftragt werden. Die Leistungsphase 9 ist von der Förderung ausgeschlossen.

**20. Barrierefreiheit**

Die Belange der Barrierefreiheit sind angemessen zu berücksichtigen und umzusetzen. Ausnahmen sind besonders zu begründen.

## **8 Hinweise**

1. Bei der Einreichung des Verwendungsnachweises ist darauf zu achten, dass lediglich die Kosten für die förderfähigen Teile zur Auszahlung analog zur Antragstellung beantragt werden (siehe Ziffer 3.4.1. dieses Bescheides).

2. **Einzureichende Unterlagen**

Sobald die Voraussetzungen für die Erstattung der Zuwendung vollständig vorliegen,

**spätestens aber bis zum 30.09.2026,**

legen Sie bitte dem Amt für regionale Landesentwicklung Lüneburg die folgenden Unterlagen vor:

- den Vordruck Verwendungsnachweis/Auszahlungsantrag nebst Anlage zum Verwendungsnachweis (vollständig ausgefüllt und unterschrieben von der vertretungsberechtigten Person gemäß Zuwendungsantrag (im Original), ggfs. inkl.



Dienstsiegel). Sie können die Vordrucke Verwendungsnachweis und Anlage zum Verwendungsnachweis online ausfüllen und ausdrucken. Sie finden diese im Internet unter:

[http://www.ml.niedersachsen.de/themen/entwicklung\\_laendlichen\\_raums/zile\\_zuwendungen\\_zur\\_integrierten\\_laendlichen\\_entwicklung/richtlinien-ueber-die-gewaehrung-von-zuwendungen-zur-integrierten-laendlichen-entwicklung---zile---136333.html](http://www.ml.niedersachsen.de/themen/entwicklung_laendlichen_raums/zile_zuwendungen_zur_integrierten_laendlichen_entwicklung/richtlinien-ueber-die-gewaehrung-von-zuwendungen-zur-integrierten-laendlichen-entwicklung---zile---136333.html)

- Die Rechnungsbelege (Kopie) und Zahlungsnachweise (Kopie)

Die Rechnungen müssen in deutscher Sprache abgefasst und mit dem Kostenanschlag/Angebot, das der Bewilligung zu Grunde lag, abgleichbar sein.

Einbehaltene Sicherheitsleistungen sind nicht zuwendungsfähig und dürfen daher nicht mit dem Verwendungsnachweis zur Erstattung vorgelegt werden. Zahlungen auf Verwahrkonten können nicht bezuschusst werden und sind in den Rechnungen kenntlich zu machen.

Ausnahme: Einbehaltene Sicherheitsbeträge werden durch Bürgschaften abgesichert und innerhalb des Bewilligungszeitraums ausgezahlt. Die entsprechenden Nachweise sind in diesem Fall mit dem Verwendungsnachweis vorzulegen.

- Aussagekräftige Fotos von den durchgeführten Bauarbeiten und von dem fertig gestellten Projekt (Gebäude von allen Seiten); insbesondere der Gewerke, welche im Zuwendungsbescheid mit Auflagen versehen wurden.
- Ein Foto von der Erläuterungstafel
- Entsorgungsnachweis der asbesthaltigen Dacheindeckung

## 9 Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei dem

**Amt für regionale Landesentwicklung Lüneburg**  
**Adolph-Kolping-Str. 12**  
**21337 Lüneburg**

oder bei dem

**Amt für regionale Landesentwicklung Lüneburg**  
**Geschäftsstelle Verden**  
**Eitzer Str. 34**  
**27283 Verden**

erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrage

  
Harms

Eine Abschrift dieses Bescheides erhält/erhalten:

SWECO, z.Hd. Fr. Nordhausen, Postfach 34 70 17, 28339 Bremen

**Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften (ANBest-Gk)**

Die ANBest-Gk enthalten Nebenbestimmungen i. S. des § 36 VwVfG sowie notwendige Erläuterungen. Die Nebenbestimmungen sind Bestandteil des Zuwendungsbescheides, soweit in diesem nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

**1. Anforderung und Verwendung der Zuwendung**

1.1 Die Zuwendung darf nur zur Erfüllung des im Zuwendungsbescheid bestimmten Zwecks verwendet werden. Alle mit dem Zweck zusammenhängenden Einnahmen (insbesondere Zuwendungen, Leistungen Dritter) und der Eigenanteil des Empfängers sind als Deckungsmittel für alle mit dem Zweck zusammenhängenden Ausgaben einzusetzen. Der Finanzierungsplan ist hinsichtlich des Gesamtergebnisses verbindlich.

1.2 Die Zuwendung oder ein Teilbetrag darf nur insoweit und nicht eher angefordert werden, als sie innerhalb von zwei Monaten nach der Auszahlung für fällige Zahlungen benötigt wird. Die Anforderung ist zu begründen. Dabei ist mitzuteilen, inwieweit bereits erhaltene Teilbeträge verwendet worden sind. Im Übrigen darf die Zuwendung wie folgt in Anspruch genommen werden:

1.2.1 bei Anteil- oder Festbetragsfinanzierung jeweils anteilig mit etwaigen Zuwendungen anderer Zuwendungsgeber und den vorgesehenen eigenen und sonstigen Mitteln des Empfängers und

1.2.2 bei Fehlbedarfsfinanzierung, wenn die vorgesehenen eigenen und sonstigen Mittel des Empfängers verbraucht sind.

Wird ein zu deckender Fehlbedarf anteilig durch mehrere Zuwendungsgeber finanziert, so darf die Zuwendung jeweils nur anteilig mit den Zuwendungen der anderen Zuwendungsgeber angefordert werden.

1.3 Soweit die Zuwendung für ein Hochbauvorhaben bestimmt ist, kann sie bei Anteil- oder Festbetragsfinanzierung entsprechend dem Baufortschritt angefordert werden, und zwar grundsätzlich 20 v. H. der Zuwendung nach Vergabe des Rohbaufauftrages, 30 v. H. nach Abnahme des Rohbaus, 40 v. H. nach Schlussabnahme und 10 v. H. nach Vorlage des Verwendungsnachweises. Nr. 1.2 Satz 2 gilt entsprechend. Der Anforderung sind je eine Ausfertigung der in Betracht kommenden Nachweise beizufügen.

1.4 Zahlungen vor Empfang der Gegenleistung dürfen nur vereinbart oder bewirkt werden, soweit dies allgemein üblich oder durch besondere Umstände gerechtfertigt ist.

1.5 Die Bewilligungsbehörde behält sich vor, den Zuwendungsbescheid mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen, wenn sich herausstellt, dass der Verwendungszweck nicht zu erreichen ist.

**2. Nachträgliche Ermäßigung der Ausgaben oder Änderung der Finanzierung**

2.1 Ermäßigen sich nach der Bewilligung die in dem Finanzierungsplan veranschlagten Gesamtausgaben für den Verwendungszweck, erhöhen sich die Deckungsmittel oder treten neue Deckungsmittel hinzu, so ermäßigt sich die Zuwendung

2.1.1 bei Anteilfinanzierung anteilig mit etwaigen Zuwendungen anderer Zuwendungsgeber und den vorgesehenen eigenen und sonstigen Mitteln

des Empfängers, sofern sich die Gesamtausgaben oder die Deckungsmittel insgesamt um mehr als 1 000 EURO ändern,

2.1.2 bei Fehlbedarfsfinanzierung um den vollen in Betracht kommenden Betrag, sofern sich die Gesamtausgaben oder die Deckungsmittel um mehr als 500 EURO ändern.

2.1.3 bei Festbetragsfinanzierung um den vollen in Betracht kommenden Betrag, sofern die zuwendungsfähigen Ausgaben unter den Betrag der bewilligten Zuwendung abfallen.

**3. Zur Erfüllung des Verwendungszwecks beschaffte Gegenstände**

Der Empfänger darf über Gegenstände, die zur Erfüllung des Verwendungszwecks erworben oder hergestellt werden, vor Ablauf der im Bescheid festgelegten zeitlichen Bindung nicht anderweitig verfügen.

**4. Mitteilungspflichten des Empfängers**

Der Empfänger ist verpflichtet, unverzüglich der Bewilligungsbehörde anzuzeigen, wenn

4.1 er nach Vorlage des Finanzierungsplans - auch nach Vorlage des Verwendungsnachweises - weitere Zuwendungen für denselben Zweck bei anderen öffentlichen Stellen beantragt oder von ihnen erhält, wenn er - ggf. weitere - Mittel von Dritten erhält oder wenn sich eine Ermäßigung der Gesamtausgaben oder eine Änderung der Finanzierung um mehr als 7,5 v. H. oder um mehr als 10 000 EURO ergibt,

4.2 der Verwendungszweck oder sonstige für die Bewilligung der Zuwendung maßgebliche Umstände sich ändern oder wegfallen,

4.3 sich Anhaltspunkte ergeben, dass der Verwendungszweck nicht oder mit der bewilligten Zuwendung nicht zu erreichen ist,

4.4 die abgerufenen oder ausgezahlten Beträge nicht innerhalb von zwei Monaten nach Auszahlung benötigt werden,

4.5 Gegenstände nicht mehr entsprechend dem Verwendungszweck verwendet oder nicht mehr benötigt werden.

**5. Nachweis der Verwendung**

5.1 Die Verwendung der Zuwendung ist der Bewilligungsbehörde nachzuweisen (Verwendungsnachweis). Der Verwendungsnachweis besteht aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis.

5.2 In dem Sachbericht sind die Verwendung der Zuwendung sowie das erzielte Ergebnis kurz darzustellen; soweit das Vorhaben entsprechend den Antragsunterlagen durchgeführt worden ist, die der Bewilligung zugrunde lagen, genügt eine Bezugnahme auf diese Unterlagen. Der Sachbericht muss ferner eine Erklärung enthalten, dass die Geldleistung alsbald nach der Auszahlung für den im Bescheid bestimmten



Zweck verwendet wurde (§ 49a Abs. 4 VwVfG, z.B. Nr. 1 ANBest-Gk). Dem Sachbericht sind die Berichte der von dem Zuwendungsempfänger beteiligten technischen Dienststellen beizufügen.

- 5.3 Der zahlenmäßige Nachweis muss alle mit dem Verwendungszweck zusammenhängenden Einnahmen (Zuwendungen, Leistungen Dritter und eigene Mittel) und alle Ausgaben enthalten. Soweit der Zuwendungsempfänger die Möglichkeit zum Vorsteuerabzug nach § 15 UStG hat, dürfen nur die Entgelte (Preise ohne Umsatzsteuer) berücksichtigt werden. Bei einzeln veranschlagten Projekten ergibt sich der zahlenmäßige Nachweis aus der Haushaltsrechnung.

Bei nicht einzeln veranschlagten Projekten wird der zahlenmäßige Nachweis durch eine (maschinell aus der Buchführung abgeleitete) Nebenrechnung erbracht, die in den Büchern des Zuwendungsempfängers gespeichert bleibt. Die in die Nebenrechnung aufgenommenen Buchungssätze müssen einen Hinweis auf die Haushaltsstelle enthalten, unter der die Belege gesammelt worden sind.

- 5.4 Der Verwendungsnachweis ist innerhalb eines Jahres nach Erfüllung des Verwendungszwecks, spätestens jedoch ein Jahr nach Ablauf des Bewilligungszeitraums der Bewilligungsbehörde vorzulegen. Wird der zahlenmäßige Nachweis bei einzeln veranschlagten Projekten aus der Haushaltsrechnung erbracht, ist der Verwendungsnachweis spätestens einen Monat nach Vorlegen der Haushaltsrechnung der Bewilligungsbehörde vorzulegen. Ist der Verwendungszweck nicht bis zum Ablauf des Haushaltsjahres erfüllt, so ist binnen sechs Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres über die in diesem Jahr erhaltenen Beträge ein Zwischennachweis zu führen. Dies gilt nicht, wenn der Verwendungszweck innerhalb von drei Jahren erreicht wird.

- 5.5 Der Zwischennachweis besteht aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis. Für den zahlenmäßigen Nachweis gilt Nr. 5.3 entsprechend. Sofern die Haushaltsrechnung noch nicht aufgestellt ist, ist ein entsprechender Nachweis aus der Buchführung abzuleiten.

- 5.6 Darf der Zuwendungsempfänger zur Erfüllung des Verwendungszwecks Mittel an Dritte weiterleiten, muss er die Weitergabe davon abhängig machen, dass die empfangenden Stellen ihm gegenüber Zwischen- und Verwendungsnachweise mit Belegen entsprechend den ANBest-P erbringen. Ist die empfangende Stelle eine Gebietskörperschaft oder ein Zusammenschluss von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts, so sind die Nachweise nach den Nrn. 5.1 bis 5.5 zu erbringen. Diese Nachweise sind dem Verwendungsnachweis nach Nr. 5.1 beizufügen.

## 6. Prüfung der Verwendung

- 6.1 Die Bewilligungsbehörde ist berechtigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen anzufordern sowie die Verwendung der Zuwendung durch örtliche Erhebungen zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen. Der Zuwendungsempfänger hat die erforderlichen Unterlagen bereitzuhalten und die notwendigen Auskünfte zu erteilen. In den Fällen der Nr. 5.6 sind diese Rechte der Bewilligungsbehörde auch dem Dritten gegenüber auszubedingen.
- 6.2 Unterhält der Zuwendungsempfänger eine eigene Prüfungseinrichtung, so ist von dieser der Verwendungsnachweis vorher zu prüfen und die Prüfung unter Angabe ihres Ergebnisses zu bescheinigen. Dies gilt nicht bei einer Festbetragsfinanzierung.
- 6.3 Der LRH ist berechtigt, bei den Zuwendungsempfängern zu prüfen (§ 91 LHO).

## 7. Erstattung der Zuwendung, Verzinsung

- 7.1 Die Zuwendung ist zu erstatten, soweit ein Zuwendungsbescheid nach Verwaltungsverfahrenrecht, nach Haushaltsrecht oder anderen Rechtsvorschriften mit Wirkung für die Vergangenheit zurückgenommen oder widerrufen oder sonst unwirksam wird.
- 7.2 Nr. 7.1 gilt insbesondere, wenn
- 7.2.1 die Zuwendung durch unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt worden ist,
  - 7.2.2 die Zuwendung nicht oder nicht mehr für den vorgesehenen Zweck verwendet wird oder
  - 7.2.3 eine auflösende Bedingung eingetreten ist.
- 7.3 Ein Widerruf mit Wirkung für die Vergangenheit kann auch in Betracht kommen, soweit der Zuwendungsempfänger
- 7.3.1 die Zuwendung nicht alsbald nach Auszahlung zur Erfüllung des Verwendungszwecks verwendet oder
  - 7.3.2 Auflagen nicht oder nicht innerhalb einer gesetzten Frist erfüllt, insbesondere den vorgeschriebenen Verwendungsnachweis nicht rechtzeitig vorlegt, oder Mitteilungspflichten (Nr. 4) nicht rechtzeitig nachkommt.
- 7.4 Der Erstattungsanspruch ist nach Maßgabe des § 49 a Abs. 3 VwVfG mit 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz nach § 247 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) jährlich zu verzinsen.
- 7.5 Werden Zuwendungen nicht alsbald nach der Auszahlung zur Erfüllung des Verwendungszwecks verwendet und wird der Zuwendungsbescheid nicht zurückgenommen oder widerrufen, so können für die Zeit von der Auszahlung bis zur zweckentsprechenden Verwendung ebenfalls Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz nach § 247 BGB jährlich verlangt werden (§ 49 a Abs. 4 Satz 1 VwVfG). Entsprechendes gilt, soweit eine Leistung in Anspruch genommen wird, obwohl andere Mittel anteilig oder vorrangig einzusetzen sind. Eine alsbaldige Verwendung nach Satz 1 liegt vor, wenn ausgezahlte Beträge innerhalb von zwei Monaten verbraucht werden.
- 7.6 Stellt sich nachträglich heraus, dass der Verwendungszweck nicht zu erreichen ist, so kann der Zuwendungsbescheid mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.